

Regierungsbildung in der Dem. Rep. Kongo

Der Präsident – ein Scheinriese?

BENITA PUNGWE, HSS KONGO

Es scheint eine Ewigkeit her zu sein seit den Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo, die Ende Dezember 2023 unter chaotischen Umständen stattfanden. Ein halbes Jahr liegen zwischen den Wahlen bei denen der Präsident, die erste Parlamentskammer sowie 26 Provinzparlamente und Stadträte gewählt wurden, und der Bekanntgabe der neuen Regierung. Am 20. Januar wurde der alte wie neue Präsident Félix Tshisekedi in einer triumphalen Zeremonie in Anwesenheit zahlreicher Staatschefs vereidigt. Dieses Bild war ein anderes als fünf Jahre zuvor, als er noch im Schatten seines Vorgängers, Joseph Kabila, stand. Nun wurde ihm nicht nur ein Rekordwert von 73% der Stimmen zugeschrieben, Tshisekedi kann sich überdies in seiner zweiten Amtszeit auf eine überwältigende Mehrheit im Parlament stützen.

Doch seit der Amtseinführung schien die DR Kongo in eine Phase der politischen Lähmung geraten zu sein. Erst über zwei Monate später, am 1. April, wurde die neue Premierministerin Judith Suminwa, die bislang als Planungsministerin gedient hatte, ernannt. Weitere zwei Monate vergingen bis Ende Mai nach langen Verhandlungen und intensiven Machtkämpfen innerhalb Tshisekedis Mehrparteienkoalition die neue Regierung bekanntgegeben wurde.

Täuschende Mehrheit

Mit einer überwältigenden Mehrheit von über 430 der 500 Abgeordneten in der ersten Parlamentskammer scheint die Regierungskoalition zunächst unangreifbar. Doch genauer betrachtet muss der Präsident die politischen Ambitionen von 38 verschiedenen Parteien und Gruppierungen austarieren. Bereits wenige Stunden nach Bekanntgabe der neuen Regierungsmannschaft gab es innerhalb der Koalition Unmutsbekundungen.

Die kongolesische Verfassung schreibt für die Besetzung von Ministerämtern ein Proporz-System vor. Dies bedeutet, dass jede der 26 Provinzen des Landes durch mindestens ein Mitglied im Kabinett vertreten sein muss. Eine weitere, in diesem Fall ungeschriebene Regel lautet, dass auch die zur Regierungskoalition gehörenden Parteien entsprechend ihrer Stärke im Parlament im Kabinett vertreten sind. Die Schwierigkeit der Verbündeten Tshisekedis, sich über die Quote der ihnen zustehenden Ministerien zu einigen, deutet darauf hin, dass die Macht des Präsidenten im Parlament auf tönernen Füßen steht.

Machtambitionen – aber auch für echte Veränderung?

Die Premierministerin hatte kurz nach ihrer Nominierung ambitioniert angekündigt, die Größe ihres Kabinetts verglichen zur vorigen Regierung deutlich senken zu wollen. Doch die angespannten Verhandlungen und das Erfordernis, die Machtambitionen der Mitglieder der Regierungskoalition befriedigen zu müssen, führten dazu, dass das neue Kabinett mit 54 Ministerinnen und Ministern lediglich drei Mitglieder weniger zählt als zuvor.

Assemblée nationale : l'écrasante majorité présidentielle

- La liste provisoire des élus à la députation nationale laisse majoritairement apparaître l'**UDPS et ses alliés de l'Union sacrée de la nation**.
- Sur les 500 sièges, certains n'ont pas encore été attribués, notamment ceux reliés aux circonscriptions de Budjala (Sud-Ubangi), de Bomongo et de Makanza (Équateur) faisant l'objet d'**enquêtes**.

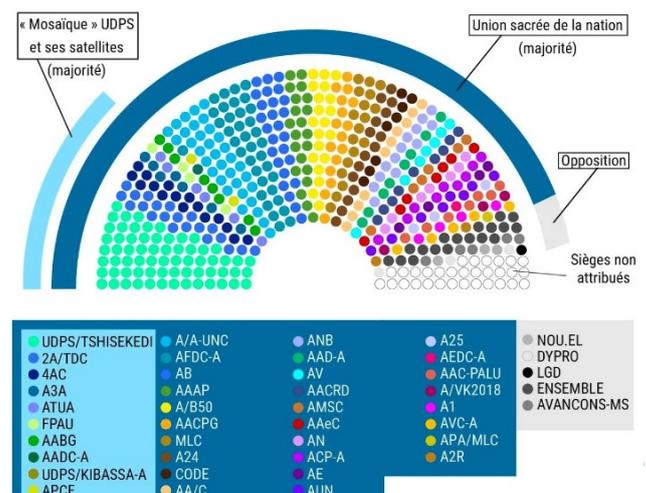


Abbildung 1: Die intensiven Machtkämpfe haben gezeigt, dass die Union Sacrée nur ein „Scheinriese“ ist, der beim ersten Windstoß zusammenbrechen kann. Quelle: Jeune Afrique.

Fast die Hälfte der alten Ministerinnen und Minister gehören auch der neuen Regierung an und bekleiden entweder neue Ämter oder behalten ihr Ministerium. Letzteres gilt für die ehemalige und neue Umweltministerin Eve Bazaiba, die bereits in ihrer ersten Amtszeit mit ihren Forderungen nach Entschädigungszahlungen für viel Aufsehen auf der internationalen Bühne sorgte. Sie setzte sich lautstark für einen Paradigmenwechsel in der internationalen Umweltpolitik ein und rief insbesondere dazu auf, konkrete Maßnahmen zur Berechnung der Kosten des Klimawandels und zur Anpassung der vulnerablen Länder wie der DR Kongo zu ergreifen. Die Industrieländer sollten ihrer Meinung nach die Entwicklungsländer für die durch den Klimawandel verursachten Schäden durch Win-Win-Vereinbarungen entschädigen.

Die Partei des ehemaligen Verteidigungsministers und vormaligen Rebellenführers Jean-Pierre Bemba musste bei den Wahlen eine überraschende Niederlage einstecken. Folgerichtig wurde Bemba nicht wie erhofft Premierminister und muss sich statt mit dem Verteidigungsressort nun mit dem Ministerium für Transport begnügen. In der neuen Regierungskonstellation scheint Tshisekedi noch andere ehemalige politische Schwergewichte entsorgt zu haben. Persönlichkeiten wie z.B. Serge Bahati, die die Partei von Ex-Präsident Joseph Kabilas Ende 2020 verließen, um der damals neugegründeten Koalition „Union Sacrée“ beizutreten, gehen leer aus. Ehemalige Berater in Tshisekedi's Kabinett haben hingegen Schlüsselressorts wie das Innen-, Außen- und Verteidigungsministerium erhalten. Diese Entscheidung zeigt, dass der Präsident die Schwergewichte zwar brauchte, um die Wahl zu gewinnen, jedoch die erste sich bietende Gelegenheit nach der Wahl nutzte, um sie politisch kalt zu stellen.

Die neue Regierungsmannschaft scheint allerdings keinen frischen Wind in die Regierungsführung zu bringen. Bereits während der Wahlkampagne ging es weniger um Reformen um die sozioökonomische Lage der Bevölkerung zu verbessern, sondern mehr um populistische Themen, die emotionale Reaktionen hervorbrachten. Immerhin scheint knapp sechs Monate später Tshisekedis Wahlversprechen, Krieg gegen das Nachbarland Ruanda führen zu wollen, um endlich Frieden im Osten des Landes zu bringen, Wahlkampfgetöse gewesen zu sein. Die Sicherheitslage sowie das humanitäre Umfeld verschlechtern sich derweil weiterhin, ohne dass Frieden in Sicht wäre.

Jegliche Verhandlungen zwischen der kongolesischen Regierung, der Rebellengruppe M23 und Ruanda werden von kongolesischer Seite abgelehnt. In der Zwischenzeit ist der Abzug der UN-Friedensmission (MONUSCO) in der südlichen Provinz Sud-Kivu fortgeschritten und gibt aufgrund der entstandenen Sicherheitslücke Anlass zur Sorge.

Mögliche Verfassungsänderung und die Rolle von Vital Kamerhe

Währenddessen beginnt in der Hauptstadt Kinshasa bereits die Debatte um eine mögliche Verfassungsänderung, um die Begrenzung auf zwei Amtszeiten auszuhebeln. Damit schließt sich Tshisekedi einem ungunstigen Trend an, der in der Region seit etwa zehn Jahren wieder Konjunktur hat. Kurios ist dabei lediglich, dass Tshisekedi und sein Parteichef, Augustin Kabuya, diese Debatte bereits wenige Monate nach Beginn seines zweiten Mandats eröffnet haben. Eine Verfassungsänderung müsste in der ersten Parlamentskammer debattiert und mit einer absoluten Mehrheit der beiden Parlamentskammern verabschiedet werden.¹

Zünglein an der Waage könnte dabei der neu gewählte Parlamentspräsident Vital Kamerhe sein. Kamerhe hat es als einziges politisches Schwergewicht geschafft, einen wichtigen Posten für sich zu gewinnen. Wird er die vermutete Änderung der Verfassung ermöglichen oder blockieren? Seine Rolle und sein Geschick in der Amtsführung werden die Richtung vorgeben, in welche sich das Land

¹ <https://africacenter.org/spotlight/term-limit-evasions-coups-africa-same-coin/>

bewegen wird. In zwei Jahrzehnten hat er nahezu alle Höhen und Tiefen des politischen Betriebs in Kinshasa kennen gelernt. Bereits zu Kabilas Zeiten war Kamerhe als Parlamentspräsident tätig, wurde jedoch 2009 von seiner Funktion abgesetzt. Seine landesweite Beliebtheit wurde bei den Präsidentschaftswahlen 2011 deutlich, als er den dritten Platz belegte. Von Tshisekedi zunächst zum Stabschef berufen, wurde er 2020 verhaftet und wegen Veruntreuung staatlicher Gelder zu 20 Jahren Haft verurteilt. Der unberechenbare Kamerhe schien damit aus dem Weg geräumt, doch 2023 wurde er von allen Anklagepunkten freigesprochen und freigelassen. Tshisekedi hatte offenbar erkannt, dass er an Kamerhe nicht vorbeikommen würde, um seine Wiederwahl als Präsident abzusichern.

Mit einer überwältigenden Mehrheit im Parlament und einem scheinbar großen Rückhalt in der Bevölkerung scheint Präsident Tshisekedi in seiner zweiten Amtszeit „durchregieren“ zu können. Bei näherer Betrachtung der Entscheidungsprozesse wird jedoch deutlich, dass seine zweite Amtszeit von einem permanenten Aushandlungsprozess innerhalb einer fragilen Koalition bestimmt sein wird. In einem politischen System, das kaum institutionelle *checks and balances* kennt, liegt hierin wohl die größte Hürde für weitreichende politische Reformen. Vielfach als Lähmung politischer Entscheidungsprozesse empfunden, könnte sich dies zumindest im Falle einer etwaigen Verfassungsänderung zur Abschaffung der Amtszeitbegrenzung noch als Vorteil erweisen.